

2678/J XXI.GP
Eingelangt am:06.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Kräuter
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend parteipolitisch motivierte Schließung von Gendarmerieposten

Laut Berechnungen des steirischen Gendarmeriekommandos hat im Bezirk Graz - Umgebung die Kriminalitätsrate landesweit am stärksten zugenommen. Dennoch sollen - absolut unverständlich - ausgerechnet in diesem Bezirk mit 5 Dienststellen die meisten Posten in der Steiermark zugesperrt werden. Empörend ist, daß ganz offensichtlich parteipolitische Gründe anstelle von sicherheitspolitischen Überlegungen bei der Auswahl der Sperrposten ausschlaggebend sind.

Zur Klärung bzw. Revision dieser skandalösen Vorgangsweise richten unterzeichnete Abgeordnete an den Bundesminister für inneres nachstehende

Anfrage:

1. Worin unterscheiden sich Ihre Bewertungskriterien im Fall des Gendarmeriepostens Übelbach von den objektiven Kriterien des Landesgendarmeriekommandos?
2. Hängt die Bewertung des Gendarmeriepostens Übelbach damit zusammen, wie Gendarmen des Postens Wundschuh kritisieren (Steirerkrone, 22. Juni 2001), das dort ein „schwarzer Gewerkschafter sitzt“?
3. Aufgrund welcher sachlichen sicherheitspolitischen Überlegung bleiben „überraschenderweise“ (Kleine Zeitung, 22. Juni 2001) in den Gemeinden mit ÖVP - Mehrheiten Feldkirchen und eben Übelbach die Posten bestehen, und werden in den Gemeinden mit SPÖ - Mehrheit St. Radegund, St. Oswald, Gratkorn bzw. Gratwein Schließungen durchgeführt?